

Religionsfreiheit nach Version CDU & Co.

Publiziert am 26. September 2016 von Wilfried Müller auf www.wissenbloggt.de



Die ganze Welt belehren, aber die permanente Diskriminierung der Religionsfreien zuhause ignorieren – so kritisiert es der wissenbloggt-Artikel¹ *Religiöser Mummenschanz*. Weil's bei wb immer schön der Reihe nach geht, fangen wir mit dem Ende an; mit der Kritik von Dennis Riehle (1.). Dann die kritisierte CDU/CSU-Pressemitteilung (2.) und zuletzt der grundlegende Bericht der Bundesregierung (3.), Bild: BarnImages, pixabay

1. Kritik Dennis Riehle

Sehr geehrter Herr Jung,

Sie haben in Ihrer Pressemitteilung vom 23. September 2016 formuliert, dass die „Verfolgung aufgrund der Religion [...] regelmäßig auf die Agenda der Außenpolitik“ müsse. Sie schreiben, dass für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion „die Religions- und Glaubensfreiheit“ von besonderer Bedeutung sei, artikulieren in Ihren Beispielen dann aber nur, wie Menschen innerhalb ihrer Religion aufgrund konfessioneller Unterschiede, verschiedener Bräuche oder Traditionen oder ihres religiösen Bekenntnisses an sich unterdrückt, bedrängt und verfolgt würden.

Doch was ist genau mit denjenigen, die nicht nur in der Ausübung der Religion und des Glaubens „frei“ sein möchten, sondern „von“ Religion und Dogma frei sein wollen? Atheisten werden gerade in islamischen Ländern immer wieder Ziel von Attacken, ihnen wird Blasphemie vorgeworfen, nicht selten hören wir vom Tod entsprechender Internetaktivisten, von Bloggern und solchen, die sich dafür einsetzen, sich auch gegen ein religiöses Bekenntnis aussprechen zu dürfen. Was ist mit diesen Verfolgten? Sie kommen in Ihren Aufzählungen nie vor, obwohl wir selbst in Deutschland erleben, dass es nicht einfach ist, als Konfessionsfreier zu den gleichen Rechten zu kommen, wie beispielsweise Christen.

Sie sollten also die vielen Facetten des Begriffs der „Religions-Freiheit“ ernst nehmen und im Sinne des grundgesetzlichen Gleichheitsgrundsatzes auch so argumentieren. Die Fürsprache gilt allen, die aufgrund ihrer Weltanschauung Unterdrückung oder Benachteiligungen erfahren, nicht nur den Religionsanhängern, wie Ihre Aussendung suggeriert.

Freundliche Grüße - Dennis Riehle

2. Pressemitteilung Jung, CDU/CSU

Original-Content von CDU/CSU – Bundestagsfraktion, übermittelt durch news aktuell: *Jung: Verfolgung aufgrund der Religion muss regelmäßig auf die Agenda der Außenpolitik* (Presseportal der CDU/CSU – Bundestagsfraktion 23.9.)²

Berlin (ots) – Erstmals Bericht zur Lage der Religionsfreiheit weltweit im Deutschen Bundestag

Am heutigen Freitag befasst sich der Deutsche Bundestag erstmalig mit einem Bericht der Bundesregierung zur Situation der Religions- und Glaubensfreiheit weltweit. Dazu erklärt der Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz Josef Jung:

„Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die Religions- und Glaubensfreiheit ein wesentlicher Schlüssel für eine friedliche Entwicklung. Weltweit werden rund 100 Millionen Christen aufgrund ihrer Religion bedrängt und verfolgt. Auch Juden, Muslime und andere religiöse Minderheiten leiden in den betroffenen Ländern unter Diskriminierungen aufgrund ihrer Religion.“

Der Bericht der Bundesregierung zeigt vielfältige Beispiele einer systematischen Bedrängung und Verfolgung auf, z.B. das Verbot eines öffentlichen Bekenntnisses und religiöser Riten, der Zwang zu einer bestimmten Religion oder auch der erschwerte Zugang zu öffentlichen Ämtern, Dienstleistungen oder Bildung aufgrund einer bestimmten Religion. Viele Konfliktlinien verlaufen unter anderem entlang von religiösen Zugehörigkeiten.

¹ <http://www.wissenbloggt.de/?p=33439>

² <http://www.presseportal.de/pm/7846/3437838>

Umso wichtiger ist es, dass das Menschenrecht auf Religionsfreiheit fester Bestandteil der Außenpolitik der Bundesregierung wird.

Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darf es nicht bei diesem ersten Bericht zur Religions- und Glaubensfreiheit bleiben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, den Bericht zur Religions- und Glaubensfreiheit mindestens alle zwei Jahre vorzulegen. Darüber hinaus brauchen wir in unseren auswärtigen Vertretungen klare Verantwortlichkeiten und eine systematische Befassung mit der Thematik im jeweiligen Land. Damit kann auch die Qualität künftiger Berichte insgesamt weiter optimiert werden."

Hintergrund:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte gemeinsam mit den Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen die Bundesregierung aufgefordert, einen Bericht zur Situation der Religions- und Glaubensfreiheit weltweit vorzulegen. Am 16. Juni 2016 hatte das Kabinett einen entsprechenden Bericht zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit verabschiedet und dem Deutschen Bundestag zugeleitet. Für den Bericht hat das Auswärtige Amt 93 deutsche Auslandsvertretungen weltweit befragt.

3. Bericht der Bundesregierung

Der angesprochene Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit.³ Dazu noch ein paar Takte aus dem wb-Artikel *Religiöser Mummenschanz*:

Der Bericht kommt zu dem erstaunlichen Fazit u.a., "*die Staaten kommen ihrer Verpflichtung zum Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit teilweise nicht nach.*" Zwischendurch ist von den Bemühungen vom Zivilen Friedensdienst ZFD die Rede, vom *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* BMZ und von der *Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH* GIZ, die sich tatsächlich in allen möglichen Ländern in Religionsfragen einmischen.

Anscheinend ist unsere Regierung munter dabei, die Welt zu belehren. Wie das vonstatten geht, kann man sich nur ausmalen, das geht aus dem bombastischen Bericht nicht hervor. Und: **Die permanente Diskriminierung der Religionsfreien wird mit keinem Wort erwähnt, schon gar nicht die zuhause in Deutschland. Da geht es in die andere Richtung - weg von der Freiheit, hin zur Unterwerfung (was mit Beispielen der deutschen Religionsförderung unterlegt wird).**

³ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/087/1808740.pdf>